

<Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der Gemeindevertretung Vöhl>

Antrag	
- öffentlich -	
AT-3/2024	
Federführendes Amt	Kommunale Daseinsvorsorge und Gemeindeentwicklung
Sachbearbeiter	Dirk Beckmann
Datum	14.10.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Haupt - und Finanzausschuss	28.10.2024	vorberatend
Ausschuss für Soziales und Tourismus	28.10.2024	vorberatend
Gemeindevertretung	11.11.2024	beschließend

Betreff:

**Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Gemeindevertreterversammlung am 11.11.2024
Thema: Machbarkeitsstudie für ein Verkehrskonzept der Region Edersee**

Antrag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand im Verbund mit den 4 Gesellschaftern der Edersee Marketing Gesellschaft eine Machbarkeitsstudie – gemäß förderfähigem Titel „Klimafreundliche Mobilitätslösungen - Machbarkeitsstudie zur Umsetzung von klimafreundlichen Mobilitätslösungen in der Region Edersee “ in Auftrag zu geben und die erforderlichen Haushaltsmittel von 25.000 Euro im Haushalt 2025 abzubilden.

Sachdarstellung:

Vorausgegangen sind gemeinsame Beratungen der Kommunen Vöhl, Edertal, Waldeck, Bad Wildungen und dem Landkreis Waldeck- Frankenberg sowie der Edersee Marketing Gesellschaft bezüglich eines Gesamtmobilitätskonzeptes Edersee. Dies beinhaltete die Beteiligung aller Parlamentsvertreter, Fraktionsvorsitzenden und Bürgermeister. Im Beteiligungsprozess wurde deutlich, dass die Mehrheit der Anwesenden die Notwendigkeit sieht, sich mit einem kommunenübergreifenden, zukunftsfähigen Verkehrskonzept zu befassen, das sowohl die Belange der Einheimischen als auch die der Touristen berücksichtigen soll. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Entwicklungen und Ereignisse besteht ebenfalls Einigkeit darüber, dass Mobilitätslösungen der Zukunft klimafreundlich gedacht werden müssen. Die zu beauftragende Machbarkeitsstudie soll Problemfelder und Lösungsansätze für die Region Edersee aufzeigen.

Nach Auszahlung der zu erwartenden Fördersumme bleibt für jede beteiligte Kommune und den Landkreis Waldeck-Frankenberg, der eine finanzielle Unterstützung zugesagt hat, ein Betrag zwischen 6000 und 8000 Euro. Die im Antrag genannte Summe muss in den Haushalt 2025 eingestellt werden, da die Kosten für die Machbarkeitsstudie von den Kommunen vorfinanziert werden müssen.

Hinweis:

Der Antrag soll zunächst in beiden Ausschüssen beraten werden.

gez. Volker König (SPD-Fraktion)
gez. Inga Wieseemann (FW-Fraktion)
gez. Gertmann Sude (CDU-Fraktion)
gez. Gerhard Henkel (Grüne-Fraktion)
gez. Karl-Friedrich Wilke (FDP-Fraktion)